In der Senatssitzung am 15. Dezember 2020 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa

14.12.2020

Tischvorlage

für die Sitzung des Senats am 15.12.2020

Bremen-Fonds

Schwerpunktbereich 2: Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verhinderung struktureller Einbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft;
hier: Hilfsleistung Freipaak-Schausteller

A. Problem

Gemäß Beschluss des Senats vom 28.4.2020 zur Schaffung eines Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie werden mit dem Bremen-Fonds die für die Bewältigung der Corona-Folgen erforderlichen kurzfristigen aktuellen Maßnahmen zur unmittelbaren Krisenbekämpfung finanziert. Dazu zählen u. a. die Finanzierung von Unterstützungsprogrammen und von zusätzlich entstandenen Kosten der Verwaltung.

Mit dieser Vorlage soll die Finanzierung einer Hilfsleistung für von der vorzeitigen Schließung des „Freipaaks“ betroffenen Schaustellerbetriebe aus dem Bremen-Fonds sichergestellt werden.

Das Schaustellergewerbe ist von der Corona –Pandemie mit besonderer Härte betroffen, da die Betriebe seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 durch die Absage von Märkten und Volksfesten kaum Einnahmen generieren konnten. Schaustellerbetriebe sind typischerweise Familienbetriebe, die nicht über Verwaltungsstrukturen wie größere Unternehmen verfügen. Die Kostenstrukturen der Betriebe sind je nach Art und Größe sehr unterschiedlich. Kleine Betriebe haben eher geringere Infrastrukturkosten und, aufgrund der Mitarbeit von Familienmitgliedern, häufig weniger direkte Personalkosten. Hier stehen eher variable Kosten für Material, Energie usw. im Vordergrund. Dagegen haben insbesondere Betriebe mit großen Fahrgeschäften i.d.R. hohe Investitionskosten, die oft darlehensfinanziert sind. Aufgrund der fehlenden Einnahmen haben diese Betriebe derzeit z.T. offensichtlich große Probleme, die fälligen Tilgungsleistungen zu erbringen. Die auf die Erstattung von Fixkosten basierenden Überbrückungshilfen des Bundes sind für die Branche nur z.T. passfähig, da hier u.a. Kosten für mitarbeitende Familienmitglieder und Kosten für Abschreibungen/ Tilgungen derzeit nicht förderfähig sind. Auch ein Zugang zur Grundsicherung ist aufgrund der spezifischen Struktur der Betriebe größtenteils erschwert (Eigentum, Vermögensanrechnung usw.).

Mit der Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 22.09.2020 mit dem Titel „Finanzielle Unterstützung der Veranstaltung Freipaak aus Mitteln des Bremen Fonds“ wurde

der Veranstaltungsgesellschaft Bremer Schausteller mbH (VBS) als Veranstalterin des „Freipaak“ für die Durchführung der Veranstaltung mit einer Summe von 800.000 € aus Mitteln des Bremen Fonds im Rahmen einer Projektförderung finanziell unterstützt. Die Mittel sollten dazu verwendet werden, um

- die Flächen kostenfrei zu überlassen und auf Gebühren zu verzichten bzw. entstehende Kosten zu erstatten,
- die veranstaltungsbezogenen Kosten, insbesondere die Kosten für die Umsetzung des Hygienekonzeptes zu übernehmen,
- die geplanten Marketingaktivitäten deutlich zu verstärken.

Ohne diese finanzielle Unterstützung für die VBS wäre die Durchführung des Freipaaks als „Alternativveranstaltung“ zu dem aus Gründen der Corona-Pandemie abgesagten Freimarkt in 2020 nicht möglich gewesen. Durch die pandemiebedingte vorzeitige Schließung des „Freipaaks“ wenige Tage nach seiner Eröffnung ist absehbar, dass der ursprünglich kalkulierte Betrag von EURO 800.000 nicht benötigt wird. Laut Auskunft der VBS wird vorbehaltlich einer endgültigen Abrechnung wegen Rückerstattungen und Kostenreduzierungen ein Betrag in Höhe von voraussichtlich EURO 420.000 benötigt.

Durch die vorzeitige Schließung des „Freipaaks“ und die Absage des Weihnachtsmarktes hat sich die wirtschaftliche Lage der am „Freipaak“ teilnehmenden Schaustellerbetriebe aufgrund der entstandenen Transport-, Aufbau und Betriebskosten einerseits und dem entgangenen Umsatz andererseits nochmals weiter verschlechtert.

B. Lösung

Vor dem Hintergrund der kulturellen Bedeutung der Branche sowie der besonderen Situation der am „Freipaak“ (02.10. bis 07.10.) teilnehmenden Schaustellerbetriebe, soll nun auch für diese eine spezifische Hilfsleistung gewährt werden, um den im Zusammenhang mit der Teilnahme am „Freipaak“ entstandene Transport-, Aufbau und Betriebsaufwand bzw. den entgangenen Umsatz zu kompensieren („Hilfsleistung Freipaak-Schausteller“).

Um die Unterschiedlichkeit der einzelnen Schaustellerbetriebe zu berücksichtigen, soll eine Gewährung von Hilfsleistungen betriebsartspezifisch erfolgen. Dafür hat der Veranstalter des „Freipaak“, die Veranstaltungsgesellschaft Bremer Schausteller mbH (VBS), ein entsprechendes Berechnungskonzept erstellt, das die individuellen Belastungen der Schaustellerbetriebe kalkulatorisch berücksichtigt und hat dabei die folgenden am „Freipaak“ teilnehmenden Schaustellerbranchen unterschieden:

- Fahrgeschäfte
- Fahrgeschäfte mit hohem Transport- und Aufbaukosten
- Kinderfahrgeschäfte
- Spielgeschäfte
- Ausschankgeschäfte
- Ausschankgeschäfte mit hohen Aufbaukosten
- Imbissgeschäfte
- Imbissgeschäfte mit hohem Personalaufwand
- Süßwarengeschäfte

- sonst. Verkaufsgeschäfte

Das von der VBS vorgelegte Berechnungskonzept ist als Anlage beigefügt und wurde von der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa geprüft und für sachgerecht und schlüssig erachtet. Auf dieser Grundlage soll für die genannten Schaustellerbranchen jeweils eine pauschale Billigkeitsleistung gemäß § 53 BremLHO gewährt werden. In Summe ergibt sich für 123 am „Freipaak“ teilnehmende Schaustellerbetriebe eine Billigkeitsleistung i.H.v. insgesamt EURO 291.750. Das entspricht einer durchschnittlichen Billigkeitsleistung von EURO 2.372 pro Schaustellerbetrieb.

Die Gewährung der Billigkeitsleistung soll auf der Grundlage der beihilferechtlichen Bestimmungen der sog. „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ durch die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa voraussichtlich im Februar 2021 nach Befassung des Haushalts- und Finanzausschuss am 22.01.2021 erfolgen.

Der entsprechende Haushaltsmittelbedarf soll dem Schwerpunktbereich 2 (Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verhinderung struktureller Einbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft) des Bremen-Fonds zugeordnet werden.

C. Alternativen

Verzicht auf die Hilfsleistungen für die am „Freipaak“ teilnehmenden Schaustellerbetriebe mit den entsprechenden negativen wirtschaftlichen Folgen für diese Schaustellerbranche.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Für die Gewährung der Hilfsleistung werden EURO 291.750 im Jahr 2021 benötigt. Eine Finanzierung im Ressortbudget kann nicht dargestellt werden. Die Finanzierung soll daher im Haushaltsjahr 2021 aus dem Bremen-Fonds, PPL 95 (Stadt), im Schwerpunktbereich „2. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verhinderung struktureller Einbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft“ erfolgen. Hierzu ist im Haushalt der Stadtgemeinde eine Nachbewilligung zu Gunsten der Haushaltsstelle 3752/682 00-2 „Zuschuss an die VBS GmbH für den Freipaak 2020“ die der Produktgruppe 95.02.01 mit Fremdbewirtschaftung zugeordnet ist, notwendig. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Einsparungen bei der Haushaltstelle 3994/971 11-4, „Globalmittel zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie (Bremen-Fonds)“.

Bundes- oder EU-Mittel stehen zur Finanzierung nicht bereit. Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wird unterjährig anderweitige Deckungsmöglichkeiten prüfen und darüber im Controlling berichten; diese wären vorrangig vor einer Notlagenkreditfinanzierung aus dem Bremen-Fonds einzusetzen. Zur haushaltsrechtlichen Absicherung ist ein Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses erforderlich.

Personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei und dem Senator für Finanzen abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung ist die Vorlage mit Ausnahme der Anlage Berechnung "Freipaak"-Kompensation zur Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat stimmt einer spezifischen Hilfsleistung für die am „Freipaak“ teilnehmenden Schaustellerbetriebe („Hilfsleistung Freipaak-Schausteller“) zur Kompensation der „Freipaak“-spezifischen Aufwendungen der Schaustellerbetriebe bzw. des entgangenen Umsatzes, in Höhe von insgesamt EURO 291.750 und der dargestellten Finanzierung aus Mitteln des „Bremen-Fonds“ (PPL 95, Land) im Haushaltsjahr 2021 zu. Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sich ggf. ergebende anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des unterjährigen Controllings 2021 zu prüfen; diese wären vorrangig vor einer Kreditfinanzierung über den Bremen-Fonds zu nutzen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa die Befassung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit sowie den Senator für Finanzen die Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuleiten.

Anlagen

- Antrag Maßnahmenblätter Bremen Fonds
- Berechnungskonzept der VBS

Anlage zur Senatsvorlage vom 14.12.2020

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa
Produktplan 95
Kapitel

14.12.2020

Antragsformular Bremen-Fonds

Senatssitzung:	Vorlagennummer:	Maßnahmenbezeichnung/Titel der Senatsvorlage:
15.12.2020		Hilfsleistung Freipaak-Schausteller

Maßnahmenkurzbeschreibung:

Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern der Maßnahme.

Vor dem Hintergrund der kulturellen Bedeutung der Branche sowie der besonderen Situation, der am „Freipaak“ (02.10. bis 07.10.) teilnehmenden Schaustellerbetriebe soll für diese eine spezifische Hilfsleistung gewährt werden, um den im Zusammenhang mit der Teilnahme am „Freipaak“ entstandenen Transport-, Aufbau und Betriebsaufwand bzw. den entgangenen Umsatz zu kompensieren („Hilfsleistung Freipaak-Schausteller“).

Maßnahmenzeitraum und –kategorie (Zuordnung Schwerpunktbereiche 1-4):

Beginn: Dezember 2020

Februar 2021

Zuordnung zu (Auswahl):

2. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verhinderung struktureller Einbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft

Zielgruppe/-bereich:

(Wer wird unterstützt?)

Zielgruppe:

Schaustellerbetriebe, die am „Freipaak“ teilgenommen haben

Bereich, Auswahl:

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Maßnahmenziel:

Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen für Schaustellerbetriebe durch die pandemiebedingte Schließung des alternativ zum Bremer Freimarkt initiierten „Freipaaks“ auf der Bürgerweide wenige Tage nach seiner Eröffnung

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung [Ergänzungsfeld]	Einheit	2020	2021
Volumen der bewilligten Billigkeitsleistung	EURO	0	291.750

Begründungen und Ausführungen zu

1. dem eindeutigen, nachweisbaren Bezug der Maßnahme zur Corona-Pandemie:

(Inwieweit dient die Maßnahme unmittelbar zur Bewältigung der Corona-Pandemie bzw. mittelbar für die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie (Kausalität?)

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ist aus gesundheitspolitischen Gründen die vorzeitige Schließung des Freipaak bereits nach 5 Tagen vorgenommen worden. Seitens der davon betroffenen Schaustellerbetriebe gibt es Bedarf an finanzieller Hilfe, um die wirtschaftlichen Folgen der vorzeitigen Schließung abzumildern. Dafür sollen Zuschussförderungen (Billigkeitsleistungen) aus Mitteln des Bremen Fonds gewährt werden.

2. der Erforderlichkeit der Maßnahme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie:

(Ist die Maßnahme erforderlich zur Bewältigung der Corona-Pandemie bzw. deren Folgen?)

Die o. a. vorzeitige Schließung des Freipaak hat Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Schaustellerbetriebe mit entsprechender Gefahr für Beschäftigungsverhältnisse. Von diesen Hilfsleistungen sollen insbesondere diejenigen Schaustellerbetriebe profitieren, die am „Freipaak“ teilgenommen haben

um deren besondere finanziellen Belastungen und ausbleibende Erträge zu kompensieren, um ihre unternehmerische Existenz zu sichern.

2.1. Dazu als Orientierung/ Information: Bestehen ähnliche/vergleichbare Maßnahmen in anderen Bundesländer?
Bundesländer und (Förder-)Maßnahme auflisten bzw. Verweis auf bundesweite Mehraufwendungen) *[Ergänzungsfeld]*

Ja, auch andere Bundesländer gewähren Billigkeitsleistungen für Schaustellerbetreiber. So hat z. B. das Land Schleswig-Holstein ein Corona-Soforthilfeprogramm für das Schaustellergewerbe aufgelegt, mit dem Abschreibungen auf Investitionen gewährt werden. Baden-Württemberg hat ein Programm zur Unterstützung der von der Corona-Pandemie betroffenen Unternehmen des Schaustellergewerbes aufgelegt, mit dem Zuschüsse für Tilgungsleistungen gewährt werden.

3. dem Schadensbewältigungscharakter der Maßnahme

Schadensbeseitigung, -minderung, -vermeidung):
(Handelt es sich um eine vorrangig temporär erforderliche Maßnahme zur Beseitigung/Minderung/Vermeidung von Schäden/negativen Folgen der Corona-Pandemie? Um welche Schäden handelt es sich?)

Vermeidung von wirtschaftlichen Schäden; Aufrechterhaltung von unternehmerischen Aktivitäten, Vermeidung von Arbeitsplatzverlusten und Insolvenzen

4. anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten:

(Welche anderen öffentl. Finanzierungen z.B. Bremische Programmmittel oder EU- oder Bundesmittel sind geprüft worden?)

Bundesmittel und EU-Mittel müssen für andere Instrumente genutzt werden (z. B. Soforthilfen, Überbrückungshilfen, EFRE-Beteiligungsfonds), um die corona-bedingten Folgen für Unternehmen abzumildern und stehen damit nicht zur Verfügung. Eine Finanzierung im Ressortbudget ist nicht möglich.

5. Darstellung der Klimaverträglichkeit *[Ergänzungsfeld]*

Aus der Umsetzung der Programme ergeben sich keine spezifischen Auswirkungen auf die Klimaverträglichkeit.

6. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter *[Ergänzungsfeld]*

Das Programm richtet sich an Leistungsempfänger aller Geschlechter.

Ressourceneinsatz:					
Betroffener Haushalt: (Beträge in T €)					
☐ LAND			☒ STADT		
Aggregat	Betrag 2020	Betrag 2021	Aggregat	Betrag 2020	Betrag 2021
Mindereinnahmen			Mindereinnahmen		
Personalausgaben			Personalausgaben		
VZÄ (plus Angabe Dauer in Monaten)			VZÄ (plus Angabe Dauer in Monaten)		
Konsumtiv			Konsumtiv		292
Investiv			Investiv		
Verrechnung/Erst. an Bremen					
Verrechnung/Erst. an Bremerhaven					

Geplante Struktur:
Verantwortliche Dienststelle:
Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa
a) Im Rahmen der Regeltätigkeit Referat XY:
b) Gesondertes Projekt:
a) Referat 42
Ansprechperson:
Herr Büssenschütt

Beigefügte Unterlagen:

WU-Übersicht

ja

nein

ja

nein

ja

nein